



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 72. Ratssitzung vom 13. Dezember 2023

2617. 2023/431

Weisung vom 13.09.2023:

Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2023/431 und 2023/430.

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Florian Utz (SP): *Sehr gerne lese ich Ihnen den Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zum Budget 2024 sowie zum Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2024–2027 vor. Die RPK hat die Budgetvorlage 2024 des Stadtrats geprüft. Sie konnte aufgrund des Revisionsberichts Nr. 53/2023 der Finanzkontrolle vom 6. November 2023 feststellen, dass die rechnerischen und formellen Anforderungen erfüllt sind. Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget mit einem Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung von 215,8 Millionen Franken vor. Diese Zahl inkludiert den Novemberbrief. Dieser Überschuss ergibt sich aus einem Aufwand von 11,000 Milliarden Franken – auf die dritte Kommastelle genau – und einem Ertrag von 10,784 Milliarden Franken. Für weitere Erläuterungen zum Budget verweist die RPK auf die einführenden Bemerkungen des Stadtrats zur Vorlage des Budgets 2024 vom 13. September 2023. Der Stadtrat beantragt mit seiner Budgetvorlage ohne Novemberbrief gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung des Personalaufwands um 183,1 Millionen Franken auf gerundet 3,47 Milliarden Franken. Im Vergleich zum Vorjahr sind im Budget 2023 838,0 zusätzliche Stellenwerte budgetiert. Praktisch genau die Hälfte der neuen Stellen soll im Schul- und Sportdepartement geschaffen werden: 418,8 Stellenwerte. Mit grossem Abstand folgt das Hochbaudepartement mit einem Zuwachs um 104,2 Stellen; in den übrigen Departementen werden jeweils zwischen 16 und 82,7 Stellen geschaffen. Für den Sach- und übrigen Betriebsaufwand sind ohne Novemberbrief 2,75 Milliarden Franken budgetiert. Dies entspricht einer Zunahme von 209,7 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr. Zurückzuführen ist diese Steigerung grösstenteils auf höhere Ausgaben für Material und Waren, das sind 104 Millionen Franken, sowie für Dienstleistungen und Honorare, was 87 Millionen Franken entspricht. Die Investitionsausgaben im Verwaltungsvermögen erhöhen sich derweil um 193,5 Millionen Franken auf 1,75 Milliarden Franken. Die budgetierten Investitionen im Finanzvermögen sind derweil um 86 Millionen Franken auf 650,8 Millionen Franken gestiegen. Beim Steuerertrag rechnet der Stadtrat weiter mit steigenden Einnahmen. Budgetiert sind Fiskalerträge von insgesamt 3,54 Milliarden Franken, was*



gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von 171 Millionen Franken entspricht. Während bei den Steuern von natürlichen Personen mit einem Plus von 37 Millionen Franken, bei den Quellensteuern mit einem Plus von 60 Millionen Franken und bei den Erträgen aus der Grundstückgewinnsteuer mit einem Plus von 86,6 Millionen Franken zu rechnen ist, geht der Stadtrat bei den Steuereinnahmen von juristischen Personen von einem leichten Rückgang um 10 Millionen Franken aus. Bei den übrigen Steuerereinnahmen sind die Differenzen zum Vorjahr vernachlässigbar. Eine deutliche Steigerung ergibt sich bei den budgetierten Erträgen durch Entgelte; diese liegen gegenüber dem Vorjahr um 324 Millionen Franken höher und betragen nun knapp 3,9 Milliarden Franken. Summenmässig der grösste Teil dieser Mehreinnahmen – 255 Millionen Franken – ist auf das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) zurückzuführen, wobei es sich hier insbesondere auch um höhere Erträge aus dem Energiehandel infolge gestiegener Strompreise handelt. Weiter ist bei den Spital- und Heimtaxen beziehungsweise Kostgeldern eine Zunahme von knapp 39 Millionen Franken vorgesehen, einerseits aufgrund eines Leistungswachstums beim Stadtspital Zürich sowie andererseits aufgrund zusätzlicher Aufenthaltstage und höherer Taxen bei den Gesundheitszentren für das Alter. Im Hinblick auf die kommenden Planjahre stellt der Stadtrat fest, dass er auch für die kommenden Jahre mit einem stetigen Wachstum der Bevölkerung rechne. Weiter führt der Stadtrat aus, dass die Entwicklung von Aufwand und Ertrag jedenfalls kurzfristig nicht linear vom Bevölkerungswachstum abhängt, beispielsweise bei den Steuereinnahmen oder im Schulbereich. In Bezug auf die Unternehmenssteuerreform, die Steuervorlage 17, hält der Stadtrat fest, dass sich durch die Reform die Steuererträge der juristischen Personen um rund 110 Millionen Franken reduzieren. Im kommenden Jahr wird die Stadt Zürich vom Kanton sodann letztmals eine teilweise Kompensation in der Höhe von rund 104,6 Millionen Franken erhalten. Weiter hält der Stadtrat fest, dass sich die wirtschaftlichen Aktivitäten im Jahr 2023 spürbar erholt hätten. Freilich habe die Inflation die Notenbanken zu raschen und starken Zinserhöhungen gezwungen und das Wirtschaftswachstum dürfte im laufenden Jahr in vielen wichtigen Industrienationen schwächer ausfallen als noch im Vorjahr. Die Banken und Versicherungen im Kanton Zürich würden ihre derzeitige Geschäftslage hingegen positiv beurteilen, jedoch etwas verhalten in die Zukunft blicken. Die Konsumentenstimmung sei derweil weiterhin schlecht, wohingegen sich der Schweizer Arbeitsmarkt in sehr guter Verfassung befinde. In finanzieller Hinsicht geht der Stadtrat im FAP bis zum Jahr 2027 von jährlichen Aufwandüberschüssen zwischen 284,2 und 343,2 Millionen Franken aus. Beeinflusst werde der FAP dabei insbesondere von Themen wie der Umsetzung der Tagesschule bis zum Schuljahr 2030/31, des Klimaziels Netto-Null bis zum Jahr 2040, der Fachplanung Hitzeminderung und des Heizungersatzes. Die RPK wurde mit Schreiben vom 17. November 2023 durch den Stadtrat informiert, dass die Rückerstattung von zu viel bezahlten Versorgertaxen durch den Kanton Zürich im Jahr 2024 erfolgen wird. Der Stadtrat hält dazu fest, dass die Höhe des definitiven Rückforderungsbetrags erst im ersten Quartal 2024 feststehen wird, wobei er gemäss Schreiben von einer Rückerstattung von rund 250 Millionen Franken ausgeht. Unabhängig von der genauen Höhe ist aber auf jeden Fall zu erwarten, dass die Rechnung 2024 der Stadt Zürich infolge dieser Rückerstattung deutlich besser abschliessen wird als es das vom Stadtrat am 13. September 2023 vorgelegte Budget vorsieht. In verschiedenen Dienstabteilungen wurde die Struktur der Budgets verändert, was die Vergleichbarkeit mit den Vorjahresbudgets erschwert. So



führt beispielsweise die Vorgabe des Kantons, die Sonderschulen als Eigenwirtschaftsbetriebe zu führen, zu erheblichen Änderungen im Budget des Schul- und Sportdepartements (SSD). Auch bei den Gesundheitszentren für das Alter wurde die Budgetstruktur per 2023 geändert, sodass Vergleiche mit den Vorjahren nur erschwert möglich sind. Beispielsweise wurden früher die Kosten für Ausbildung und Arbeitseinsätze in einer separaten Produktegruppe ausgewiesen. Diese Kosten sind neu im Budget nicht mehr ersichtlich und werden wahrscheinlich auch nicht mehr separat erhoben. Auf entsprechende Fragen konnte das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) dann auch keine Angaben zur Höhe der jeweiligen Kosten machen. Somit ist für die RPK nicht feststellbar, welche Kosten sich im Detail wie entwickeln, was bei gewissen Fragstellungen unbefriedigend sein kann. Der FAP 2024–2027 wird von einer Mehrheit der RPK zur Kenntnis genommen, während ihn eine Minderheit ablehnend zur Kenntnis nimmt. Die Mehrheit wird dem Budget sowie den Globalbudgets zustimmen, während eine Minderheit der RPK das Budget ablehnen wird. Dem Antrag des Stadtrats zur Übertragung der pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem wird hingegen einstimmig zugestimmt. Demgegenüber gibt es unterschiedliche Anträge zum Steuerfuss. Während die Mehrheit für eine unveränderte Festsetzung des Steuerfusses auf 119 Prozent plädiert, beantragen zwei Minderheiten eine Änderung des Steuerfusses auf 116 Prozent, beziehungsweise auf 112 Prozent. Die RPK beantragt im Weiteren einstimmig und mit zwei Enthaltungen die Genehmigung des Budgets der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (Stiftung PWG) sowie die Kenntnisnahme des Budgets der Stiftung Alterswohnungen ohne Enthaltungen. Den Kenntnisnahmen der Budgets der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, der Stiftung Einfach Wohnen (SEW) sowie des Globalbudgets der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) wird mehrheitlich zugestimmt. Festgehalten werden kann an dieser Stelle überdies, dass sich die Anzahl der Anträge zum Budget gegenüber früheren Jahren deutlich reduziert hat. Während vor nicht allzu langer Zeit noch rund 300 Anträge üblich waren, sind es dieses Jahr noch knapp 100 Anträge. Das spricht dafür, dass sich die RPK vermehrt auf weniger, dafür aber auf die politisch relevanten Anträge konzentriert.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2618/2023–2624/2023)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Wenn Sie das städtische Budget betrachten, dann können Sie es mit einem Reisekoffer vergleichen; bei 11 Milliarden Franken ist es kein Handgepäck, aber auch kein grosser Container. Man kann darüber diskutieren, ob der Reisekoffer für ein Jahr genügend gepackt ist. Die einen in der Familie wollen noch die Quietschente einpacken, die anderen finden den Koffer zu schwer und die Kosten am Flughafen zu hoch – eine Hose reicht. Ich bin sehr gespannt, was Sie entscheiden werden, was noch in den Koffer reinkommen wird und was draussen bleibt. Grundsätzlich haben wir einen soliden Koffer gepackt. Auch von der Mitte und der SVP haben wir gehört, dass das städtische Budget grundsätzlich solide und robust unterwegs ist. Ich will daher nur zu drei Punkten Stellung nehmen. Der erste Punkt sind die Versorgertaxen. Es wird eine Mehrheit geben, die die 200 Millionen Franken ins Budget stellen wird. Das ist für den Stadtrat in Ordnung. Wir haben es nur anders gemacht, STR Raphael Golta wird das*



noch genauer darstellen. Das Gemeindeamt sagte klar, dass wir den Betrag dann in die Bücher nehmen müssen, wenn die Rechnung geschrieben wird. Daran haben wir uns gehalten. Was Sie machen, ist aber an sich nicht falsch. Interessant für mich ist nur, dass gewisse Fraktionen, die in anderen Fällen darauf bestanden haben, dem Gemeindeamt zu folgen, jetzt eine andere Haltung haben. Der zweite Punkt betrifft das Thema Personal. Das Budget beinhaltet die üblichen Lohnmassnahmen und ein Stellenwachstum, das in der ganzen Stadt, wie übrigens auch im Kanton, eine Tatsache ist. Wir können aber nicht alle Stellen besetzen. Diese Millionen, die wir Ende Jahr nicht an Lohn bezahlt haben, sind mittlerweile ein stattlicher Betrag, weshalb wir mit der Pauschalkürzung leben können. Insgesamt habe ich die Personalkürzungen nicht gerne, weil sie etwas Willkürliches sind: In einem Jahr werden sie gemacht, im anderen Jahr nicht. Solange wir aber nicht wie einst akribische Reporte liefern müssen, ist das für den Stadtrat in Ordnung. Auch nehmen wir es nicht so wahr, dass die Kürzung daran geknüpft ist, ob das Personal anständig entschädigt wird oder ob die Stellen besetzt werden sollen, wenn das möglich ist. Sollten wider Erwarten alle Stellen besetzt werden können und die Mittel deshalb nicht ausreichen, wird der Stadtrat die Mittel per Nachtragskredit beantragen. Der dritte Punkt betrifft die Steuern. Interessant ist, dass die Fraktionen, die vor allem auf sie achten, nur die Erfolgsrechnung berücksichtigen. Wenn man nur die Erfolgsrechnung berücksichtigt, kann man die Steuern ein Stück weit senken; das würde die Stadt ertragen. Es gab aber immerhin eine Partei, die früher immer auf die Schulden hingewiesen hatte. Diese wurden in den Fraktionserklärungen mit keinem Wort erwähnt. Die SVP, die früher immer darauf aufmerksam machte, positioniert sich jetzt beinahe als neue sozialdemokratische Partei der rechten Seite, auch wenn sie im konkreten Fall dann stets dagegen ist. Der Stadtrat hat nach wie vor die Möglichkeit, dass wir die Schulden aus früheren Zeiten in Hochkonjunktur-Zeiten zurückzahlen. Wenn Sie die Steuern senken, haben wir weniger Liquidität, was die Wahrscheinlichkeit, dass wir positiv abschliessen, erhöht. Dadurch wird auch das Risiko erhöht, dass wir die Schulden nicht zurückzahlen können. Im letzten Jahr konnten wir 1,5 Milliarden Franken zurückbezahlen. Die nicht zurückbezahlten Schulden der Vergangenheit sind die hohen Steuern der Zukunft. Das merkt man jetzt, wenn die Zinsen wieder steigen: Dann steigt auch die Zinsbelastung. Als ich in die städtische Politik eingestiegen bin, hatte die Stadt eine Zinsbelastung von zirka 200 Millionen Franken. Jetzt sind es etwa 70 Millionen Franken. Das wird sicher wieder steigen und wir gewichten es höher, dass wir in der Lage sein werden, die Schulden wieder zurückzubezahlen. Der zunehmende Kauf von Liegenschaften ist natürlich auch ein Faktor, der die Verschuldung erhöhen wird. Nur kommt es dort zu regelmässigen Mieteinnahmen, was die Ausgaben refinanziert. Etwas kommt dazu: Der Kantonsrat hat gestern eine Steuersenkung beschlossen. Auch sie kommt den städtischen Mitarbeitenden zugute. Wer weiss, ob es im nächsten Jahr mit der Abstimmung zur Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) ebenfalls zu einer Senkung kommen wird.

Eintreten ist unbestritten



Kommissionsmehrheit/-minderheit zum FAP und zum Änderungsantrag FAP:

Florian Utz (SP): *Es geht um den FAP und noch nicht um das Budget 2024. Während das Budget mit sehr genauen Zahlen im Detail hinterlegt ist, ist der FAP ein Planungs- und Steuerungsinstrument des Stadtrats, der nach bestem Wissen und Gewissen und auch nach dem Vorsichtsprinzip die möglichen Ausgaben der Folgejahre bis zum Jahr 2027 an und für sich «budgetiert». Auch die Einnahmen «budgetiert» er so nach dem Vorsichtsprinzip. Bei den Zahlen im Detail für die Jahre 2025 bis 2027 werden Sie sehen, dass wir bei den Steuereinnahmen praktisch konstante, sehr leicht steigende Steuereinnahmen haben, die dem Vorsichtsprinzip geschuldet sind. Eine Folge des Prinzips ist, dass alle möglichen Ausgaben und Investitionen aufgenommen werden, auch wenn sie schliesslich um ein oder zwei Jahre verschoben oder aufgrund der politischen Planung möglicherweise vollständig überholt werden. Dem Vorsichtsprinzip entsprechend wird im Zweifel lieber ein Franken zu viel als zu wenig budgetiert. In den Jahren 2025–2027 ist drei Mal ein Defizit in der Höhe von jeweils rund 300 Millionen Franken vorgesehen. Wenn die Defizite so eintreten werden, wird sich das Eigenkapital bis Ende 2027 auf 750 Millionen Franken reduzieren. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass diese Zahlen vom Stadtrat zur Kenntnis genommen werden können, auch im Wissen darum, um was für ein Instrument es sich beim FAP handelt: Die einzelnen Budgets und vor allem auch die einzelnen Rechnungsabschlüsse haben jeweils deutlich besser abgeschnitten als das naturgemäss in den FAP-Zahlen vorgesehen war. Im Detail gehen die politischen Schlüsse, die wir aus den Zahlen ziehen, innerhalb der Mehrheit deutlich auseinander. Daher masse ich mir nicht an, für die gesamte Mehrheit, die auch Bürgerliche umfasst, eine abschliessende Würdigung vorzunehmen.*

Johann Widmer (SVP): *Es ist das Elend der linksgrünen Regierungen unserer Zeit weltweit und insbesondere in Zürich: Die Wirtschaft brummt, die Bürger gehen fleissig arbeiten, verdienen Geld und bezahlen davon Steuern. Unternehmen beteiligen sich an einem einigermaßen freien Markt und bezahlen vom Gewinn ebenfalls Steuern. Es gibt noch weitere Steuern, die erhoben werden und in die Staatskasse fliessen. Regieren tun aber die Linksgrünen. Sie leben alle in einer sozialistischen Blase als «Cüpli-Sozialisten» weit weg von der Realität, können nur fordern und ziehen der arbeitenden Bevölkerung das Geld aus der Tasche. Sie unterhalten eine gut etablierte, übermässig teure Sozialindustrie und eine Schulindustrie, bei der die Bürger ihre Kinder abgeben müssen – nun auch über Mittag – und wo den Kindern staatlich verordnet «Gender-Gaga» beigebracht wird. Sie erfinden stets neue Arten des Geldausgebens; der neuste Streich ist der Klimawahn, der Milliarden verschlingt, um linksgrüne, sozialistische Schmarotzer-Wirtschaft zu betreiben. Das ist die Ausgangslage des FAP, der eigentlich nur eine Copy-Paste-Übung der FAP der vergangenen Jahre ist. Der Exkurs zur wirtschaftlichen Entwicklung auf Seite 8 liest sich wie ein Eigenlob des Stadtrats. Man könnte vermuten, dass der Stadtrat meint, dass er für die positive wirtschaftliche Entwicklung zuständig sei. Die permanente Knebelung der Betriebe und Vereine mit immer neuen Auflagen und insbesondere neuen Klimawahn-Auflagen sowie die Ablehnung der kantonalen Steuerreduktion tragen nicht zu einem guten wirtschaftlichen Klima bei. Äusserst besorgniserregend ist die Entwicklung der prognostizierten negativen Rechnungsergebnisse, die Zunahme der Verschuldung, die Abnahme des zweckfreien Eigenkapitals und*



die praktisch gleichbleibenden Einnahmen. Der Stadtrat plant somit, die Stadt finanziell an die Wand zu fahren. In wenigen Jahren wird es so weit sein; das ist im FAP festgehalten. Anstatt dass das Eigenkapital geschont, die Ausgabenseite der Rechnung ins Lot gebracht, die Schulden reduziert werden, damit die Schulden mit den jetzigen Schuldzinsen nicht noch steigen, werden – sekundiert vom linksgrünen Gemeinderat – die Ausgaben jedes Jahr erhöht. In der Wirtschaft nennt man das Misswirtschaft; bei den linken Elitepolitikern nennt man das regieren. Auf der Aufwand-Seite werden viele Stellen geschaffen. Auf der Ertrag-Seite erkennt man sehr hohe Risiken, die der Stadtrat nicht einsehen will. Die Steuereinnahmen steigen beispielsweise kaum. Nur wegen der Zuwanderung können die Erträge steigen. Da jedoch die falschen Zuwanderer angezogen werden, die kaum Steuern bezahlen und die die Verschleuderungspolitik der Linksgrünen gutheissen, weil sie von günstigen Wohnungen und weiteren Vergünstigungen leben, geht dieser Schuss nach hinten los. Bei den juristischen Personen scheinen die Steuern ebenfalls zu stagnieren oder wegen Credit-Suisse-Folgen sogar zurückzugehen. Wenn unser Stadtrat von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik offenbar keine Ahnung hat und so weitermacht, dann werden wir bald dort landen, wo Europa bereits einmal war: in einer Planwirtschaft. Die Vermögensgewinnsteuer nimmt zwar zu, das ist aber nur so, weil Vermögende mit ihren Liegenschaften handeln können. Wir haben ein AAA-Rating. Liest das bitte genau. Die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P Global) schreibt, frei von mir übersetzt, in einem sehr wichtigen Satz: «Wir könnten das Rating herabsetzen, wenn sich die Haushaltlage der Stadt aufgrund einer expansiven Ausgabenpolitik oder unerwarteten, erheblichen Steuerausfällen verändert. Solche Entwicklungen könnten auch ein Zeichen für eine weniger umsichtige Finanzverwaltung sein, wenn keine ausreichenden Gegenmassnahmen ergriffen würden.» Das greift der Stadtrat auch im FAP auf. Die SVP liegt somit richtig. Wir fordern Gegenmassnahmen in Form einer Verwaltungsreform, die Reduktion der Ausgaben und selbstverständlich eine Steuerreduktion, damit die Stadt attraktiv wird und mehr Zahlungskräftige in die Stadt kommen. Dann steigt das Steuersubstrat, das ist eine alte Weisheit. Wenn ihr so weitermacht, wie im FAP geplant ist, dann haben wir bald kein Geld mehr. Das ist zu wünschen, denn für mich gilt der alte Satz: «Nehmt den Politikern das Geld weg, es geht euch danach viel besser.» Aus diesem Grund nehmen wir den FAP ablehnend zur Kenntnis.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürki (FDP): Wir wechseln von der Enthaltung in die Minderheit und nehmen den FAP ablehnend zur Kenntnis. Insbesondere ist es das hohe Stellenwachstum, bei dem wir grosse Bedenken haben. Wir denken, dass die Finanzen der Stadt wesentlich effizienter und effektiver eingesetzt werden können. Es freut mich, dass sich STR Daniel Leupi auch um die Schulden sorgt. Wenn er aber Schulden tatsächlich zurückbezahlen will, dann hätte er von Anfang an ein ausgeglichenes Budget oder ein Budget mit einem Gewinn vorweisen können. Der einfachste Weg für die Reduktion von Schulden ist, weniger auszugeben. Wir zeigen in den Ratsdebatten sehr oft, wo das einfach möglich wäre. Die Zunahme um 838 Stellen zeigt uns, dass er kein Fokus auf die Schulden legt und dass es nur ein leeres Lippenbekenntnis war.



Felix Moser (Grüne): Natürlich ist ein Aufwandüberschuss von 280 bis 340 Millionen Franken in den kommenden Jahren budgetiert. Aber es ist auch bekannt, dass die Rechnung praktisch immer deutlich besser abschliesst. Für das Jahr 2024 ist das der Fall, das wissen wir jetzt bereits. Für das Jahr 2023 wurde vom Stadtrat ebenfalls bereits angetönt, dass es gut aussehen wird. Ein Tipp an die SVP: Der FAP wird systembedingt in der Regel immer tiefer definiert als die Rechnung abgeschlossen wird. Denn der Stadtrat kann nur das ausgeben, was das Budget beinhaltet. Im Lauf der Planungsjahre werden die Projekte im FAP in der Regel nicht alle ausgeführt, einige werden nach hinten verschoben. So nimmt das Volumen ebenfalls ab. Die Abweichung um 200 Millionen Franken von der Null bei einer Bilanzsumme von 11 Milliarden Franken ist eine relativ kleine Abweichung um rund zwei Prozent. Das ist beinahe im Toleranzbereich. Mich nimmt es Wunder, wie viele Firmen in der Privatwirtschaft besser budgetieren können als um zwei Prozent. Viele Firmen, Gemeinden und Kantone wären wahrscheinlich sehr froh, wenn sie so genau budgetieren könnten. Für uns Grüne sind nicht nur die Zahlen wichtig, sondern viel mehr, was drin ist. In dieser Hinsicht unterscheiden wir uns von euch: Uns sind Klimamassnahmen, Bildungsmassnahmen und Tagesschulen sehr wichtig. Darum ist der vorgelegte FAP richtig. Bei einem Budget nehmen wir ein Defizit in Kauf und bei der Rechnung sind wir überzeugt, dass sie am Ende besser aussehen wird. Ihr wollt Zürich mit Steuersenkungen attraktiver machen. Ich denke, dass Zürich bereits genügend attraktiv ist; Zürich wächst, die Leute kommen nach Zürich. Das Steuersubstrat steigt, es sinkt nicht. Wir leben in einer guten Stadt und wir müssen nicht alles auf den Kopf stellen, wie ihr das gerne hättet. So, wie Zürich jetzt regiert wird und so, wie es jetzt läuft, ist es gut.

Florian Utz (SP): Vorher wurde vor allem von der Seite Freisinn und SVP moniert, dass die Stadt zu viel mache. Es ist interessant, hier zu schauen, was die Bevölkerung dazu meint. Erst kürzlich wurde eine Bevölkerungsbefragung vorgestellt. Zu verschiedenen Bereichen wurde gefragt, ob die Stadt zu viel, zu wenig oder genau richtig viel macht. Es gab unterschiedliche Ergebnisse. In einem Bereich ist die Bevölkerung deutlich der Meinung, dass die Stadt zu wenig macht: beim Wohnen und der Förderung des gemeinnützigen Wohnens. 82 Prozent der Bevölkerung sagen, dass der Stadtrat zu wenig oder sogar viel zu wenig in diesem Bereich tue. 11 Prozent finden es gerade richtig und 7 Prozent finden, dass der Stadtrat zu viel oder viel zu viel mache. In anderen Bereichen haben wir einen grösseren Anteil an Personen, die finden, dass der Stadtrat gerade richtig viel macht. Bei keinem einzigen Themenbereich gibt es auch nur annähernd eine Mehrheit, die findet, dass der Stadtrat zu viel mache. Der höchste Anteil an Personen, die finden, dass der Stadtrat zu viel mache, haben wir bei verkehrspolitischen Massnahmen, wo wir mit 24 Prozent und 26 Prozent jeweils einen Viertel der Bevölkerung haben, die finden, dass der Stadtrat zu viel mache bei der Verkehrsberuhigung und bei der Förderung des Velofahrens. Auch in diesen Bereichen haben wir Dreiviertelmehrheiten, die finden, dass der Stadtrat richtig viel, zu wenig oder viel zu wenig mache. Das widerspiegelt sich im FAP. In diesen Bereichen wird viel gemacht und es ist entsprechend viel Geld eingestellt. Das stützt sich auf den überwiegenden Willen der Bevölkerung.

Pärparim Avdili (FDP): Felix Moser (Grüne), du hast in deinem Votum nicht erklärt, warum eine Steuersenkung nicht möglich wäre. Zürich ist attraktiv, niemand behauptet das



Gegenteil. Die Frage ist, ob eine bessere Gestaltung mit einem besseren Budget möglich gewesen wäre. Somit wäre auch besser für die Zukunft geplant. Was macht man mit dem vor allem steuerlich bedingten Wachstum und den zusätzlichen Einnahmen, die überproportional in die Kassen sprudeln? Das sehen wir unterschiedlich, was ein Stück weit ideologische Gründe hat in der Grundhaltung zur Frage, was man mit dem zusätzlichen Geld macht. Ihr findet, dass man zusätzliche, neue Ideen entwickeln muss. Es darf stets ein bisschen mehr sein und man muss sich stets überlegen, wo das zusätzliche Geld ausgegeben werden kann, auch wenn es keinen erkennbaren Mehrwert für die Bevölkerung gibt. Wir finden, wie sicher auch ein Grossteil der Bevölkerung, dass nicht jeder zusätzlich eingenommene Steuerfranken unnötig ausgegeben werden muss. Man kann an der Attraktivität weiterarbeiten, man kann der Steuerzahlerin und dem Steuerzahler etwas zurückgeben. Man kann die Wirtschaft und das Gewerbe entlasten. Das Budget und die vergangenen Rechnungen zeigen sehr klar auf, dass nicht nur eine moderate Steuersenkung um drei Prozent möglich wäre, sondern dass zusätzlich auch Schulden abgebaut werden können. Einerseits können die bestehenden Schulden abgebaut werden und andererseits kann mit den Anträgen der FDP verhindert werden, dass in der Zukunft unnötige Schulden aufgebaut werden. Beispiele dafür sind das Stellenwachstum, aber auch der Kauf von Liegenschaften, wofür 500 Millionen Franken für das nächste Jahr budgetiert werden. Das sind unnötige Schulden, die aufgebaut werden. Mit den 500 Millionen Franken löst man kein einziges Wohnbauproblem. Florian Utz (SP) hat eine sehr interessante Lesart der Bevölkerungsbefragung. Ich habe die Befragung auch gelesen und musste zur Kenntnis nehmen, was wir bereits seit Jahren sagen: Die Bevölkerung in der Stadt stört sich daran, dass zu wenig unternommen wird in der Wohnbaupolitik und dass die rotgrüne Mehrheit im Stadtrat und im Gemeinderat seit mehreren Jahren aktiv hunderte Wohnungen verhindert, sei es auf dem Koch-Areal, wo der Bau vor über zehn Jahren hätte beginnen können, auf dem Hardturm-Areal, wo der gesamte Prozess politisch blockiert wird, oder auf dem SBB-Areal Neugasse, wo sogar Wohnungen zur Kostenmiete verhindert wurden. Das ist das Resultat aus der Bevölkerungsbefragung: Die Mehrheit der Befragten stört sich daran, dass diese Wohnungen verhindert werden und es ist klar, wer sie verhindert.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): *Ich glaube weder Përparim Avdili (FDP) noch Florian Utz (SP) können sagen, was der Grund für die Unzufriedenheit war, die sich in der Befragung äusserte. Fakt ist, dass die Leute sehen, dass etwas in den Bereichen Wohnungsbau und Wohnungsförderung geschehen muss. Die Beträge und die Stossrichtungen sind im FAP abgebildet. Zürich wächst weiterhin. Der Aufwand, den wir für die Schulen, für die Gesundheitsversorgung und für infrastrukturelle Aufgaben betreiben müssen, wird nicht abnehmen. Das ist aus unserer Sicht realistisch im FAP für die nächsten Jahre abgebildet. Die benötigten Ressourcen stehen nicht im linearen Zusammenhang mit dem jetzigen Bevölkerungszuwachs. Es kann Verzögerungen geben. Ihr müsst euch nicht wundern, wenn die Schule in den nächsten drei, vier Jahren noch sehr viele Ressourcen brauchen wird. Für uns kamen mit dem Novemberbrief noch zwei, drei substanzielle Elemente dazu, die im FAP noch fehlten. Es ist die gut voranschreitende Ersatzwärmeversorgung, der weitere Ausbau von Prozessen und Pipelines für die Photovoltaik (PV) und die Umsetzung von Massnahmen zur Stadtbegrünung. Das sind Kos-*



ten, die wir aufwenden müssen, um die Lebensqualität in der Stadt in Zukunft sicherstellen und weiter verbessern zu können. Für uns bildet der FAP diese Aufgaben ab.

Sven Sobernheim (GLP): *Die GLP stimmt dem FAP mit sehr wenig Begeisterung, aber auch mit sehr wenig Frust zu. Daher verstehe ich die Voten von links und rechts nicht. Einerseits sagt man, man müsse den FAP lesen; ich würde sagen, man muss ihn auch verstehen. Auf der anderen Seite muss ich mir anhören, dass der FAP eine realistische Abbildung sei. Der FAP ist in erster Linie ein Wunschkonzert der Verwaltung. Darum sind die Zahlen des FAP jeweils kaum vergleichbar mit dem Budget, das uns schliesslich vorgelegt wird. Der Kanton will den FAP, vielmehr kann man damit nicht anfangen.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)
Enthaltung: Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



10 / 10

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. Dezember 2023 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat